

Der Fraktionsbrief

15.07.2025 | Informationen der CDU-Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf | Ausgabe 02-2025

Liebe Leserinnen und Leser,



nach der letzten Kreistagssitzung am 4. Juli 2025 haben die hessischen Sommerferien begonnen und damit offiziell auch die sitzungsfreie Zeit im Kreistag. Für die CDU-Kreistagsfraktion geht auch in den Sommerferien die ehrenamtliche Arbeit weiter. Wir haben mehrere Sitzungen, Fraktionsbesuche und Veranstaltungsteilnahmen im Juli und August geplant. Besonders das Thema Krankenhaus Biedenkopf beschäftigt uns momentan intensiv und wird uns auch die nächsten Monate weiter beschäftigen. Wir müssen gut

abwägen, wie genau die – auch einstimmig von der CDU-Fraktion – im Kreistag beschlossene Fortführung der Gesundheitsversorgung am Standort Biedenkopf für den Landkreis Marburg-Biedenkopf aussehen kann und wie wir für unsere Bürgerinnen und Bürger die besten Prioritäten setzen.

Gern möchte ich an dieser Stelle dem neu gewählten Kreisvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung Marburg-Biedenkopf, Bürgermeister Thomas Groll, gratulieren. Er verkörpert eine starke kommunalpolitische Stimme und hat bereits viel für seine Heimatkommune Neustadt (Hessen) erreicht. Auf eine gute weitere Zusammenarbeit!

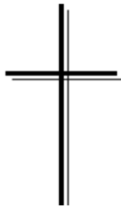
Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien im Namen der CDU-Kreistagsfraktion einen schönen Sommer sowie Muse und Zeit für die schönen Seiten des Lebens.

Ihr

Peter Hartmann, Fraktionsvorsitzender

Traurig und voller Dankbarkeit blicken wir auf das Wirken von Dr. Christean Wagner in unserer Fraktion und im Landkreis Marburg-Biedenkopf zurück. Er war uns allen ein wichtiger Wegbegleiter und hat mit seiner Klugheit, Klarheit und Freundschaft viel für unsere Fraktion getan. Er gehörte von 1989 bis 2021 dem Kreistag an, im Jahr 2021 wurde ihm die Bezeichnung „Ehrenmitglied des Kreistages“ verliehen und im Jahr 2023 wurde er mit dem „Kreislöwen“ ausgezeichnet. Er übte von 1975 bis 1981 das Amt des Ersten Kreisbeigeordneten und von 1981 bis 1985 das Amt des Landrates des Landkreises Marburg-Biedenkopf aus.

Wir trauern um Dr. Christean Wagner und bleiben in ewiger Verbundenheit.



Zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Landkreis bekämpfen – Den Nahostkonflikt sachlich diskutieren“

Der Abgeordnete Dr. Mirko Schulte führte aus: Gemessen an der Demut und dem

Respekt vor dem Leid der Menschen in Israel, Gaza, Libanon und Iran und der unschlagbar positiven Überschrift müsse man den Antrag eigentlich sofort positiv bescheiden. Bei genauem Hinsehen sei das Diskussionsangebot aber bös vergiftet. „Wieder einmal zur Unzeit und ohne inhaltlichen Kompass irrlichtern Sie mit einer gefährlichen Relativierung des Antisemitismusbegriffs im Gewand behaupteter Wissenschaftlichkeit herum!“ Ausgerechnet in diesen Tagen, wo wir erfahren, dass antisemitische Taten auf der Welt auf dem Höhepunkt sind. Von 2023 auf 2024 seien antisemitische Vorfälle in Deutschland um 77 % gestiegen.

„Es waren 8.627. Da wollen Sie durch Kreistagsbeschluss den Menschen eine – angeblich wissenschaftsbasierte – Deutung verordnen, die schon fast die Hälfte Ihrer Genossen im Mai auf Ihrem Parteitag in Chemnitz abgelehnt hat.“



Der Kreistagsabgeordnete Dr. Mirko Schulte

Es sei schlimm genug, dass Juden angegriffen und angefeindet würden, nur weil sie Juden sind. Sie würden seit der aktuellen Gaza-Situation für den maximal verstrickten Nahostkonflikt – wieder einmal als Sündenbock – in Haftung genommen; diesmal für israelische Sicherheitspolitik. Missverständnissen sei zu begegnen: Trotz des uneingeschränkten Bekenntnisses für den Schutz Israels sei Kritik an dessen Sicherheitspolitik angesichts der inakzeptablen humanitären Lage in Gaza zunehmend angebracht.

Anstatt aber genau hier kühlen Kopf zu bewahren und methodisch diszipliniert die Kritik am konkreten staatlichen Handeln Israels einerseits und gefährliche Quellen des Hasses auf Juden andererseits getrennt zu denken, nutze der Antrag die Gunst der Stunde, werfe alles in einen Topf und verfolge das Ziel, mit einer sperrigen Definition, grundlegende Wertekoordinaten unseres Landes neu zu justieren – für politische Geländegewinne und auf Kosten des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Der Antragstext enthalte ein einziges Mal das Wort „Antisemitismus“ – ganz am Anfang. Eindrucksvoller könne man eine einseitige Opfer/Täter-Definition nicht herstellen. „Wo bleibt das terroristische HAMAS-Massaker vom 07.10.2023 mit über

1.200 Toten? Wo war ähnliche Solidarität von links wie jetzt gefordert?“

Die als angeblich wissenschaftliche Definition für Antisemitismus geforderte sog. „Jerusalem Erklärung“ verspreche viel, enthalte viel Selbstverständliches und bringe dafür bizarre Ergebnisse hervor: Zum Beispiel die überprüfbar regelmäßig als Beseitigung des Staates Israel gemeinte Forderung „From the river to the sea!“ sei angeblich nicht „per se antisemitisch“, wenn man damit die Gleichberechtigung von Palästinensern meine.

Das sei nicht wissenschaftliche Definitionsarbeit, sondern Rabulistik und bösartige Legitimation von Antisemitismus im Kern. „Wer Israel auslöschen möchte, ist Antisemit.“ Das liege auf einer Ebene mit der Holocaustleugnung. Zu Recht fordere der hessische Innenminister Prof. Poseck dafür einen neuen Straftatbestand.

Demgegenüber sei die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) eine Bitte und ein Angebot von Jüdinnen und Juden an uns alle, mit Beispielen zu vermitteln, wie sie Antisemitismus erleben.

„Ihr Antrag: Die IHRA verbieten! Dafür sollen 200 selbsternannte Experten in der Jerusalem Erklärung Juden erklären, wie

es sich anzufühlen hat, Jude zu sein. Das ist Anmaßung, Aneignung, Zensur und Verunsicherung: Mit dem IHRA-Verbot nehmen Sie den Juden die Stimme zu sagen, was sie fühlen. Sie machen Angst!“ „Und: Wir leben in Deutschland. Hier wurde der Holocaust an Juden verbrochen – von Deutschen. Der unbedingte Schutz Israels ist Proprium unseres Grundgesetzes: Nie wieder Auschwitz. Nicht einen Millimeter. Die Stimme der Juden ist deshalb auch unsere Stimme, die wir schützen.“

Das, was DIE LINKE gespreizt wissenschaftlich fordere, das funktioniere auf politischer und gesellschaftlicher Ebene jeden Tag und ganz unverstellt: Bundeskanzler Friedrich Merz habe am 04.06.2025 klar gemacht, dass keine Logik mehr darin erkennbar sei, wie die massiven militärischen Schläge dem Kampf gegen Terroristen und der Befreiung von Geiseln dienen sollten. Außenminister Wadephul habe sich gegen eine Zwangssolidarität mit Israel gewandt. Genauso scharf ist auch der Ton des Koalitionspartners SPD. Es bestehe in der Bundesregierung Einigkeit. Dr. Schulte schloss mit der Bitte an die Fraktion DIE LINKE: „Kehren Sie – als in unserem freien Land und in Frieden lebende, demokratisch gewählte Abgeordnete – dem Schutz von Jüdinnen und Juden nicht den Rücken. Nehmen Sie den Antrag zurück: Aus Respekt vor den Betroffenen und deren Leid – auf allen Seiten.“

Kommunale Finanzpolitik: Priorisieren und sparen

In der letzten Kreistagssitzung wurden die Anträge DER LINKE zur finanziellen Situation der hessischen Kommunen und von Bündnis 90/Die Grünen zum 500 Milliarden Sondervermögen gemeinsam behandelt.



Kreistagsabgeordneter und Bürgermeister Thomas Groll

Die Fraktionen von CDU und SPD hatten hierzu auf Initiative der CDU einen Änderungsantrag eingebracht. Der finanzpolitische Sprecher und KPV-Kreisvorsitzende Thomas Groll bezeichnete die Anliegen der antragsstellenden Fraktionen zwar grundsätzlich als berechtigt, verwies aber darauf, dass sich die CDU-geführte Landesregierung bereits mit der Thematik befasse. „In Folge des Hessentages in Bad Vilbel hat Ministerpräsident Boris Rhein einen „Zukunftspakt“ mit den Kreisen Städten und Gemeinden angekündigt. Dabei sollen Themen wie der kommunale Finanzausgleich, Entbürokratisierung,

Senken von Standards und die Verteilung der auf Hessen entfallenden 7,6 Milliarden behandelt werden“, so der Neustädter Bürgermeister. Die beiden Anträge hätten sich überholt. Vielmehr sei es wichtig, dem Zukunftspakt offen gegenüberzustehen und das Beste für die kommunale Familie zu erreichen. Der Kreistag stimmte dem Koalitionsantrag mehrheitlich zu.

Thomas Groll nutzte seine Rede auch zu einigen grundsätzlichen Ausführungen zur kommunalen Finanzpolitik. Nach seinen Worten seien die Zeiten des „Schneller, Höher, Weiter“ vorbei. Man werde vor Ort in den kommenden Jahren Vorhaben priorisieren und sparen müssen. „Gehen wir ehrlich an die kommenden Aufgaben heran. Die Menschen sind zu Einsparungen bereit, wenn wir ihnen die Notwendigkeit erklären“, betonte Groll. Zugleich forderte er abgesenkte Standards für Kindergärten und Feuerwehrhäuser, denn damit würde das Land den Kommunen schon sehr helfen.

Solidarität mit den Mitarbeitenden von CSL Behring. Schließung ist ein schwerer Rückschlag für den Forschungsstandort Marburg

Dr. Horst Falk sagte zum dem dringlichen Resolutionsantrag der Koalitionsfraktionen: „Wir denken an die betroffenen Mitarbeitenden und ihre Sorgen und hoffen sehr, dass Lösungen gefunden

werden können, um die Arbeitsplätze zu erhalten.“ Ob es sinnvoll sei, die Forschung und Entwicklung von der global wichtigen Produktionsstelle zu trennen, müsse CSL natürlich selbst beurteilen. Ihm sei nicht verständlich, was CSL dazu gebracht habe, darüber nachzudenken.



Der damalige Landtagsabgeordnete Dr. Horst Falk besuchte zusammen mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein am 18.05.2023 den Campus der CSL Behring.

„Die Forschung und Entwicklung der CSL Behring GmbH ist ein wichtiger Partner für die Universität und unsere Region. Auch vor diesem Hintergrund ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar“, sagte Horst Falk weiter. Es sei wichtig, dass der Standort weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden könne. „Sollte es bei der Entscheidung bleiben, fordern wir CSL auf, das hochmoderne Gebäude einer wichtigen neuen Lösung zuzuführen!“

Lesen Sie dazu auch die gemeinsame Pressemitteilung der CDU-Kreistagsfraktion und der CDU Marburg



CSL-Stellenabbau: Ein Tiefschlag für die gesamte Region

Marburg. Die Entscheidung von CSL Innovation am Standort Marburg 500 Stellen zu streichen und damit das vor drei Jahren eröffnete Forschungszentrum wieder zu schließen, ist sowohl für die CDU-Kreistagsfraktion als auch für den Marburger CDU-Stadtverband nicht nachvollziehbar.

„Marburg ist in vielerlei Hinsicht ein starker Standort. Egal ob Human Capital oder die vorhandene Infrastruktur – die Rahmenbedingungen sind auch im weltweiten Vergleich sehr gut und durchaus konkurrenzfähig“, stellt Karin Schaffner, stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende, klar. Und Peter Hartmann, CDU-Fraktionsvorsitzender aus dem Kreistag ergänzt: „Solche Entscheidungen sind nicht nur für Marburg ein Tiefschlag, sondern für die gesamte Region. Es hängt so viel dran – Zulieferer, Dienstleister, Kaufkraft, Standortattraktivität. Ich hoffe, CSL hält Wort bei den geplanten Investitionen in den Standort.“

Dennoch appellieren beide an CSL Innovation, die Entscheidung nochmal zu überdenken und im Falle des Stellenabbaus sozialverträgliche Lösungen anzustreben.

Für beide ist nun die Stadt Marburg hinsichtlich Standortattraktivität gefordert, um über Neuansiedlungen oder Expansionen anderer Standortfirmen eine Kompensation zu erreichen.

CDU-Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf setzt sich für die Durchführung und die Sicherheit der vielfältigen Feste und Veranstaltungen ein

„Wir wollen weiter in einem freiheitlichen und friedlichen Miteinander feiern, uns begegnen, das Leben miteinander feiern und genießen“, darin sind sich die CDU-Kreistagsabgeordneten im Landkreis, die alle in ihren jeweiligen Kommunen tief verwurzelt und ehrenamtlich aktiv sind, einig. Die CDU-Kreistagsfraktion hatte die kürzlich vermehrten Absagen von öffentlichen Festen und Veranstaltungen

im Landkreis Marburg-Biedenkopf zum Anlass genommen, sich in der Fraktion intensiv mit diesem Thema zu befassen und eine Initiative für den Kreistag vorzubereiten. Diesen Antrag trug der Koalitionspartner erfreulicherweise mit, so dass in der Kreistagssitzung am 16. Mai 2025 darüber debattiert werden konnte.

Im von der CDU ausgearbeiteten Antrag heißt es unter anderem: „Der Kreisausschuss wird beauftragt, das Interesse der Kreiskommunen zu einer Teilnahme an einer Interkommunalen Zusammenarbeit und deren Bereitschaft der finanziellen, infrastrukturellen und administrativen Mitarbeit zu prüfen und einen entsprechenden gemeinsamen Förderantrag beim Land zu stellen.“ Und weiter: „Bei öffentlichen Veranstaltungen und Festen sollen die Menschen sich sicher fühlen. Diese Sicherheit wurde in der letzten Zeit u. a. durch Amokfahrten erheblich gestört. Eine generelle Absage von Veranstaltungen kann nicht die geeignete Reaktion der Gesellschaft sein. Die Demokratie muss sich als resilient erweisen.“

Der Neustadter Bürgermeister und Kreistagsabgeordnete Thomas Groll sagte in seiner Kreistags-Rede: „Das Landesprogramm ‚Sicherheit bei Veranstaltungen‘ sieht explizit die Anschaffung von Sicherheitsmaterialien vor und unterstützt die Kreise bei der

Finanzierung.“

Dem Antrag der Koalition wurde zugestimmt, dem Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen folgten die Kreistagsabgeordneten nicht.

Tag der Landwirtschaft in Amöneburg

Mehrere Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion nahmen kürzlich am Tag der Landwirtschaft des Landkreises in Amöneburg teil, um sich direkt über die aktuellen Themen der Landwirtschaft und Landtechnik zu informieren. Unsere Wertschätzung und uneingeschränkter Respekt gilt der täglichen Arbeit der heimischen Landwirtinnen und Landwirte.

Danke an alle Mitwirkenden für die perfekte Organisation des Tages der Landwirtschaft!



CDU Kreistagsfraktion „on tour“
5. Tag der Landwirtschaft in Amöneburg



Der AK Wirtschaft besuchte die Firma Elkamet am Standort Biedenkopf.



Das Familienunternehmen ist nicht nur bedeutender Zulieferer für die Automobil- und Fahrzeugindustrie, sondern auch Vorbild bei der Ausbildung junger Menschen. Rund 7 Prozent der Mitarbeiter sind in Ausbildung bei der Berufsschule oder im Dualen Studium bei StudiumPlus.

Neben interessanten Einblicken in die Fertigung von Profilen oder Blasformen konnten wir so auch Anregungen mitnehmen, wie Marburg-Biedenkopf als Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort noch besser werden kann.

Vielen Dank an Michael Parsch und Phillip Flammer für den konstruktiven Austausch.

Der Ehrenfraktionsvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Werner Waßmuth feierte 75. Geburtstag

Der langjährige Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Werner Waßmuth feierte am 14. Juli 2025 seinen 75. Geburtstag. Der Erste Kreisbeigeordnete Peter Neidel, der Fraktionsvorsitzende Peter Hartmann, der Kreistagskollege Walter Horn und die Fraktionsgeschäftsführerin Anja Lagerwerf besuchten ihn und überbrachten die Glückwünsche der gesamten CDU-Kreistagsfraktion und des CDU-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf.



v.l.n.r. Walter Horn, Peter Neidel, Anja Lagerwerf, Werner Waßmuth, Peter Hartmann

Auch die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion, Elvira Thomas, feierte einen besonderen Geburtstag, und zwar genau am Tag der Sitzung des Kreistages am 4. Juli 2025.

Herzlichen Glückwunsch zum 65., liebe Elvira Thomas.



Der Fraktionsvorsitzende Peter Hartmann mit Elvira Thomas

Impressum:

CDU-Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf, Gisselberger Straße 17, 35037 Marburg

Tel. 06421-22053 – E-Mail info@cdu-kreistagsfraktion-marburg-biedenkopf.de